

Inhalt

Einleitung

- 1 Zur „sozialwissenschaftlichen Unterbestimmtheit“ der Klimadebatten und erster Umriss des Vorhabens..... 19
- 2 Näheres zum methodologischen Zugang..... 33

Teil A

Der Klimawandel und seine gesellschaftliche Bedeutung im Allgemeinen und für Soziale Arbeit im Besonderen

- 3 Problembefund Kapitalozän: der Klimawandel aus einer Urbanisierungsperspektive 39
 - 3.1 Von der Sesshaftwerdung zur Handelsware Stadt 40
 - 3.2 „Urbanisierung des Kapitals“ und „imperiale Lebensweise“ 45
- 4 Soziale Arbeit als Urbanisierungskritik und subjektorientierte Arbeit am Sozialen mit globalgesellschaftlich-planetarischer Reichweite? Ein Problemaufriss..... 52
 - 4.1 Soziale Arbeit als Urbanisierungskritik 52
 - 4.2 Subjektorientierung Sozialer Arbeit..... 54
 - 4.3 Soziale Arbeit als Agitatorin subjektorientierter Kulturrevolution mit sozial-ökologischem Anspruch? 66
 - 4.4 Auf dem Weg zum Anthropozän – Soziale Arbeit als Agitatorin subjektorientierter Kulturrevolution mit sozial-ökologischem Anspruch auf globaler Ebene mit planetarischer Reichweite 75

5	Anthropozän als Kulturrevolution sozialer Nachhaltigkeit – ein transdisziplinäres Projekt	84
6	Ökosozial – sozial-ökologisch? Versuch einer weiteren Präzisierung des Vorhabens	90
6.1	Ökosoziale Transformation(en)	90
6.2	Mit einer terrestrischen Nachhaltigkeitswissenschaft sozial-ökologischer Transformation über ökosoziale Transformationen hinaus.....	97
7	Fazit.....	116

Teil B

Mit Lefebvres „Recht auf Stadt“ zur ökosozialen und sozial-ökologischen Transformation?

8	Weiterführende Zusammenfassung von Teil A.....	121
9	Kollaboration als Arbeitsprinzip Sozialer Arbeit	123
10	Kollaborative Stadtentwicklung im Transformationskonzept des WBGU.....	127
10.1	Problemaufriss des WBGU: plutokratische Gesellschaftsverhältnisse als Hindernis von klimaorientierter Armutsbekämpfung	127
10.2	Kritische Betrachtung der Transformationsvorschläge des WBGU	129
11	Der „normative Kompass“ des WBGU zum Ersten: Partizipation und Eigenart	135
11.1	Partizipation als kollaborative Stadtentwicklung? Zur Kritik des WBGU aus sozialarbeiterischer Perspektive	136
11.2	Kollaborative Stadtentwicklung als (eigensinnige) Produktion transformativer Eigenarten der Städte – und die Ergänzung des emanzipatorischen Eigensinns.....	139

12 „Recht auf Stadt“ im Werk Lefebvres.....	143
12.1 Von der „Kritik des Alltagslebens“ zum „Recht auf Stadt“ – Lefebvres praxisphilosophische Soziologie als „strategische Hypothese“	143
12.1.1 Lefebvres „Metaphilosophie“ als praxisphilosophischer Begründungsrahmen ökosozialer Transformation	150
12.1.2 Lefebvres „Metaphilosophie“ als praxisphilosophischer Begründungsrahmen sozial- ökologischer Transformation?	155
12.1.3 Recht auf Stadt als kollaboratives Transformationskonzept.....	159
12.2 Vom „Recht auf Stadt“ zur „Revolution des Urbanen“ – Lefebvres soziologische Praxisphilosophie.....	161
12.2.1 Nietzsche und Heidegger als Protagonisten des metaphilosophischen Begriffs des Wohnens.....	162
12.2.2 Habiter als zentraler Begriff ökosozialer Transformationen.....	167
12.2.3 Politische Konsequenzen Lefebvres und nochmal zur Frage von Lefebvres „Metaphilosophie“ als praxisphilosophischer Begründungsrahmen sozial- ökologischer Transformation	175
12.2.4 (Zwischen-)Fazit	187

Teil C

Von der „Revolution des Urbanen“ zum Transformationsprojekt Soziale Ökologie? Ein kommunalistisches Gedankenexperiment im Anschluss an Lefebvres „Recht auf Stadt“

13 Weiterführende Zusammenfassung von Teil A und B	193
14 Der „normative Kompass“ des WBGU zum Zweiten: polyzentrische Verantwortungsarchitektur	194
15 Kommunalismus – von der sozial-ökologischen Revolutionierung des Urbanen zum Anthropozän?	202
15.1 Libertärer Kommunalismus	204

15.2	Kommunalistische Infrastrukturpolitik	213
15.3	Zum Begriff der Transformation: symbiotische Freiraumstrategien statt libertärer Bruch.....	218
15.4	Genossenschaftliche Organisation sozialer Infrastrukturpolitiken als Bedingung der Herausbildung einer übergreifenden Politik des Sozialen	222
15.5	(Sozial-)Räumliche (Klima-)Gerechtigkeit – Versuch des Umrisses eines strategisch-hypothetischen Begriffs	230
15.5.1	(Sozial-)Räumliche Gerechtigkeit – zur Reichweite eines ungewöhnlichen Begriffs	232
15.5.2	„Just City“ – ein räumlicher Ansatz sozialer Klimagerechtigkeit mit globaler Reichweite und kulturrevolutionärem Anspruch	237

Teil D

Umriss einer möglichen terrestrischen

Nachhaltigkeitswissenschaft sozial-ökologischer Transformation

– zum Verhältnis ökosozialer Transformationen und sozial- ökologischer Subjektbildung

16	Weiterführende Zusammenfassung von Teil A, B und C.....	245
17	Zur Kritik der emergenzmaterialistischen Verkürzung dialektisch- materialistischer Kritik und die Notwendigkeit komplementärer Transdisziplinarität für eine sozial-ökologische Subjektbildung.....	255
18	Mimetische Subjektbildung Sozialer Ökologie durch solidarische Kritik	267
19	Fotografie als künstlerisch-wissenschaftliche Ermöglichung mimetischer sozial-ökologischer Subjekt- und Theoriebildung zur Erfahrungsmachung, Kritik und Bearbeitung des „Streites zwischen Erde und Welt“	274

20 Professionalität Sozialer Arbeit – kommunalisierende Praxisphilosophie zwischen Reallaboren und transformativer Hochschule	286
---	-----

Teil E

Zusammenfassende Einordnung des Entwurfs einer terrestrischen Nachhaltigkeitswissenschaft sozial-ökologischer Transformation in die Diskussionen um eine Kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse

21 Einordnung der vorliegenden Argumentation in Marx‘ „Kritik der Erde“	295
22 Das Verlieren des Marxschen Erdbezugs in der Soziologie.....	298
23 Zwischen Beschreiben und Fordern: Zur aktuellen Diskussion um eine Kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse in vier Varianten	303
24 Vom Fordern zum Fördern: Zur Positionierung in der Diskussion	312
Literaturverzeichnis	321

1 Zur „sozialwissenschaftlichen Unterbestimmtheit“ der Klimadebatten und erster Umriss des Vorhabens

Dass „seit Mitte des 19. Jahrhunderts [...] eine fortschreitende Erwärmung der Erde“ empirisch zu ermitteln und „die durch natürliche Ursachen nicht erklärbar ist“, wie es der „Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel“ des Umweltbundesamtes (UBA 2019: 18) einleitend konstatiert, ist weltweit von einer sehr großen Mehrheit – die Untersuchungen schwanken zwischen 90 % und 100 % – der zur Klimaforschung zugehörigen WissenschaftlerInnen anerkannt (Cook et al. 2019). Als schon gegenwärtig zu beobachtende Folgen konstatiert das UBA erhöhte Gesundheitsrisiken und Todesraten durch Hitze- und Dürreperioden bei gleichzeitiger Erwärmung der Meere und Seen sowie das Ansteigen der Meeresspiegel und das dadurch bedingte erhöhte Risiko von Sturmfluten und Hochwasserereignissen, bei wiederum gleichzeitiger Intensivierung niederschlagsbildender Prozesse und Starkregen (UBA 2019; zum Überblick auch: IPCC 2008, 2019). Angesichts dieser sich weiter verschärfenden Bedrohung wurde im Rahmen der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris im Anschluss an die Empfehlungen des IPCC¹ beschlossen, bis 2050 den „Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2°C über dem vorindustriellen Niveau² [zu halten] und Anstrengungen [zu unternehmen], um den Temperaturanstieg auf 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“ (Vereinte Nationen 2015b, Art. 2, Abs. 1a). Hinsichtlich der Erforschung zur Reduktion der Erderwärmung stellt das IPCC „zwei Hauptpfade“ heraus, „die eine globale Erwärmung um 1,5°C untersuchen.

„Beim ersten Pfad stabilisiert sich die globale Temperatur bei oder knapp unter 1,5°C über vorindustriellem Niveau. Beim zweiten Pfad überschreitet die Erwärmung die 1,5°C-Marke ungefähr Mitte des Jahrhunderts, verbleibt für maximal ein paar Jahrzehnte über 1,5°C und sinkt noch vor dem Jahr 2100 wieder auf unter 1,5°C. Letzteres wird oft als ‚Überschreitungspfad‘ (overshoot pathway) bezeichnet. Alle anderen Verläufe, in denen die globale Temperatur weiter ansteigt und 1,5°C bis zum Ende des 21. Jahrhunderts dauerhaft überschreitet, werden nicht als 1,5°C-Pfade betrachtet.“ (IPCC 2019: 10)

1 Intergovernmental Panel for Climate Change

2 Welches Jahr bzw. welche Zeitspanne als Bezugspunkt des vorindustriellen Niveaus gesetzt wird, variiert nicht nur innerhalb der Untersuchungen des IPCC (IPCC 2008: 91, 2019: 8), sondern auch zwischen den verschiedenen Forschungseinrichtungen (etwa: Hawkins et al. 2017). Oder aber es wird gleich ganz auf eine Konkretisierung des Begriffs des vorindustriellen Niveaus verzichtet. Etwa im Bericht 2019 über die „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ der UN (Vereinte Nationen 2019). An der jeweiligen Prognose des immer schneller stattfindenden Klimawandels ändert das allerdings nichts.

Zugleich weist das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) aber auf die nicht zu unterschätzende Gefahr sogenannter Kippelemente der Erdökologie hin. Als Kippelemente werden „Bestandteile des Erdsystems von überregionaler Größe“ bezeichnet,

„die ein Schwellenverhalten in Bezug auf das Hintergrundklima aufweisen. Das bedeutet, dass sie, sofern sie schon nahe an einem Schwellenwert operieren, bereits durch kleine externe Störungen in einen qualitativ neuen Zustand versetzt werden können. Beim Vergleich mit dem menschlichen Körper könnten Organe als Kippelemente beschrieben werden. Diese verändern ihre gewohnte Funktionsweise drastisch oder stellen die gar ein, sobald bestimmte Voraussetzungen [...] nicht mehr in ausreichendem Maße erfüllt sind.“ (PIK o. J.)

Die Kippelemente stellen bei einer Erderwärmung von über 1,5°C also insofern ein erhöhtes Risiko dar, da sie, „vergleichbar mit einer Reihe von Dominosteinen [...] ab einem gewissen Grenzwert in einen neuen Zustand kippen“ (Kornhuber 2019: 29). Das heißt, dass sie, „einmal angestoßen, auch ohne weiteren externen Einfluss weiterlaufen“ und „es passieren kann,

dass der neue Zustand eines Kippelementes erhalten bleibt, selbst wenn das Hintergrundklima wieder hinter den Schwellenwert zurückfällt. Der Übergang nach dem Überschreiten eines systemspezifischen Kippunktes kann dabei sprunghaft, aber auch kriechend erfolgen. Seine Umweltauswirkungen sind weitreichend und könnten die Lebensgrundlagen vieler Millionen Menschen gefährden.“ (PIK o. J.)

Wie Kornhuber herausstellt, ist „[n]eueren Studien zufolge [...] der westantarktische Eisschild mit großer Wahrscheinlichkeit bereits gekippt“, was bedeutet, „dass dieser Prozess, der einen Anstieg des Meeresspiegels bedeuten würde, nicht mehr aufzuhalten wäre“ (Kornhuber 2019: 29). Ein weiteres offensichtlich bereits gekipptes (King et al. 2020) Klimatelement ist der grönländische Eisschild, was den Prozess und die Konsequenzen des Meeresspiegelanstiegs weiter beschleunigt. Damit ist zugleich die Dringlichkeit betont, Ausmaß und Dauer einer möglichen Überschreitung, durch die weitere klimastabilisierende Elemente zum Kippen gebracht werden und weitere Kettenreaktionen ausgelöst werden können, weitest möglich gering zu halten, um weitere Beschleunigungen des Klimawandels zu verhindern. Dass die globale Mitteltemperatur seit der vorindustriellen Zeit bereits um 1°C (Vereinte Nationen 2019: 16, 48) und in Deutschland die Jahresmitteltemperatur im Flächendurchschnitt von 1881 bis 2018 bereits um 1,5°C gestiegen ist (UBA 2019: 19), unterstreicht die Dringlichkeit nur noch mehr.

Dies sind nun die Ausgangspunkte der Diskussion um die radikale³ Eindämmung problematischer Treibhausgasemissionen und der ebenso radikalen Abkehr von der problematischen fossilen Energieversorgung sowie der konsequenten und nicht minder radikalen Abkehr von individuellen Lebensweisen mit großem globalökologischem »Fußabdruck«. Aber obwohl die Rede

3 Wenn in der vorliegenden Arbeit von radikal die Rede ist dann bezieht sich dieses Wort stets auf die Bedeutung des lateinischen Wortes radix, die Wurzel, und meint daher stets eine Problembekämpfung von der Wurzel des Problems her.

vom menschengemachten Klimawandel seit Jahren zum festen Bestandteil der Alltagskommunikation gehört, kommt die nicht minder deutlich benannte Ursache des anthropogenen Klimawandels dabei nur erstaunlich blass zum Ausdruck. Auf die Frage, was die weltweite Klimaerwärmung samt dessen Folgen bedingt, stellt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) „Städte und Stadtgesellschaften“ als „für den überwiegenden Teil aller weltweiten Ressourcenverbräuche und Treibhausgasemissionen [verantwortlich]“ heraus und benennt als Grund den historischen Umzug der Menschheit in die Städte (WBGU 2016b: 2).

Gab es 1800 nur 4 Städte mit einer Million EinwohnerInnen (Peking, Tokio, Delhi, London), so waren im Jahr 2000 schon 200 Städte mit einer Million EinwohnerInnen, 100 Städte mit 10 Millionen EinwohnerInnen und 20 Städte mit mehr als 10 Millionen EinwohnerInnen, den sog. Megacities (Girardet 2007: 175f.), von denen „einige [...] in Bezug auf die Dimensionen und Auswirkungen etwa ihrer CO₂-Bilanzen oder ihres Ressourcenverbrauchs mit Nationalstaaten vergleichbar“ sind (WBGU 2016b: 43). Wurde im Jahr 2007 von Girardet für Jahr 2020 noch 27 solcher Megacities prognostiziert, so zeigt eine 2020 veröffentlichte Statistik (Rudnicka 2020), dass es bereits 2018 33 solcher Megacities gab. Als Verhältnis formuliert heißt das, dass Mitte des 20. Jahrhunderts noch 30 Prozent der Weltbevölkerung in den urbanen Zentren der Welt lebten, während es heute hingegen über 50 Prozent sind, mit steigender Tendenz (BMZ o. J.). Damit leben seit „2007 [...] weltweit erstmals mehr Menschen in Städten als im ländlichen Raum“ (WBGU 2016b: 43). 2030 werden 60 % der Erdbevölkerung in städtischen Regionen leben und damit mehr als dreimal so viel wie 1900 (Girardet 2007: 187). Bis 2050 werden voraussichtlich 80 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben (BMZ o. J.), d.h. die „Stadtbevölkerung könnte sich bis 2050 weltweit von heute knapp 4,5 Mrd. auf dann 6,5 Mrd. Menschen vergrößern – und mit ihr die urbanen Infrastrukturen“ (WBGU 2016b: 1). Und während sich in den Metropolen der Industriestaaten zwar ein „verlangsamtes Wachstum oder [...] sogar einen Bevölkerungsrückgang auf[weisen]“ lässt, liegt die Verstädterungsrate in Lateinamerika „bereits heute bei über 80 Prozent, in Asien und Afrika wird sie bis 2030 auf über 50 Prozent ansteigen“ (BMZ o. J.). Die für Agrarwirtschaft zur Verfügung stehenden Flächen außerhalb der Städte werden durch die (nach)verdichtende Bebauung innerstädtischer Nutzflächen absehbar durch permanente Überbeanspruchung (Überweidung, Düngung) zunehmend unbrauchbar, was zugleich mit der steigenden Nachfrage in den Städten nach Agrarprodukten kollidiert. Zugleich steigt mit den Einwohnerzahlen der Flächenverbrauch der Städte ungleich stärker an (Girardet 2007: 183). Der WBGU fasst die Entwicklung zusammen:

„Durch die derzeitigen Urbanisierungs-, Suburbanisierungs- und Periurbanisierungsprozesse [...] werden zum einen in den Stadtrandgebieten fortlaufend Acker- oder Naturboden in urbane Flächen umgewandelt und versiegelt – der sogenannte Flächenverbrauch. Hierbei handelt es sich

regelmäßig um irreversible Eingriffe in Natur und Landschaft (Seto et al., 2011: 1). Zum anderen erhöht sich der Druck auf grüne Innenstadtfächen, die aufgrund ihrer Zentralität begehrte Wohn- und Bürolagen sind. Es wird prognostiziert, dass der zukünftige Flächenverbrauch von Städten überproportional zum Bevölkerungswachstum steigen wird – in Entwicklungsländern wird bei einer Verdopplung der Bevölkerung bis 2030 sogar mit einer Verdreifachung des Flächenzuwachses gerechnet (Angel et al., 2011). Großer Bedarf an Flächen besteht vor allem in den stark wachsenden Städten Asiens und Afrikas.“ (WBGU 2016b: 170)

Unter der vorherrschenden politischen Ökonomie der Kapital(re)produktion heißt das, dass mit der erhöhten Flächennachfrage und deren Bewirtschaftungen die Boden- und (nicht subventionierten) Nahrungspreise steigen und sich damit entlang von Lohn- und Wohnverhältnissen die Zugangsschwellen zu lebenswichtigen Ressourcen erhöhen (ebd.: 174).

Die „globale Urbanisierung“ in diesem verhältnismäßig neuen Ausmaß „[löst] mit ihren Ausbreitungs- und Diffusionsprozessen städtischer Lebensformen irreversible Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung von Staaten aus“ (ebd.: 43). Eine umfangreiche Literaturrecherche im Auftrag des Umweltbundesamtes zeigt, „dass zahlreiche Studien den Beweis erbringen, dass langsame Umweltveränderungen (Durchschnittstemperatur, Niederschlag, Niederschlagsvariabilität) einer der treibenden Faktoren der Binnenmigration sind“ (Flavell et al. 2020a: 15), während „[h]insichtlich der Migrationsbewegungen im Zusammenhang mit plötzlich auftretenden Ereignissen [...] die Literaturrecherche fest[stellte], dass es sich oft um komplexe, mehrstufige Prozesse handelt, die von einer Reihe von Faktoren auf Mikro-, Meso- und Makroebene bestimmt werden“ (ebd.), so dass „globale Prognosen über das Ausmaß der zukünftigen Umweltmigration großen Unwägbarkeiten [unterliegen] und [...] von begrenztem Wert [sind]“ (Flavell et al. 2020b: 12). „Dennoch dürften Umweltveränderungen – durch ihre Auswirkungen auf plötzliche und langsam eintretende Ereignisse – eine Reihe potenzieller Konflikttreiber weiter verschärfen“ (ebd.: 13f.), die mit dem oben beschriebenen „globalen Megatrend“ (WBGU 2011b) des „Umzugs der Menschheit“ in die Städte (WBGU 2016b) einhergehen und die „irreversiblen Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung von Staaten“ (ebd.: 43) potenzieren. Während „eine wachsende Zahl von Menschen in Gebieten“ zurückgelassen werden, „in denen sie sehr anfällig für Umweltstressfaktoren sind“ (Flavell et al. 2020b: 14), ist eine ebenso wachsende Zahl in den Städten unter Subsistenz verunmöglichenden Bedingungen einem unersättlichen Konsumismus und einem erhöhten Konfliktpotenzial um marktwirtschaftlich verknappte Güter zum Bewerkstelligen des eigenen Alltags ausgesetzt.

Um dem 21. Jahrhundert als dem „Jahrhundert der Städte“ (WBGU 2016b: 1) zu begegnen, müssen sich die Städte „im Grunde neu erfinden, um selbst mit den Herausforderungen eines abgeschwächten Klimawandels zurechtzukommen“ (Rahmstorf/Schellnhuber 2007: 130). Aber gleichwohl dieser für Sozialwissenschaftler im Allgemeinen und Sozialer Arbeit im Besonderen relevanten Implikationen des Klimawandels wird die fachliche

Diskussion fast ausschließlich naturwissenschaftlich geführt. Ein (Corona-bedingtes Online-) Symposium der Scientists For Future bestätigt auch 2020 noch die von Leggewie 2015 kritisierte „sozialwissenschaftliche Unterbestimmtheit“ (Leggewie 2015: 66) der Debatten, die im Zuge der Diskussionen um einen menschengemachten Klimawandel aufgekommen sind. In einer aktuellen „Topografie der Klimaforschung“ in der Zusammenarbeit des Berliner Forschungsinstitut Mercator Research Institute on Global Commons an Climate Change (MCC) mit dem Priestley International Centre for Climate an der Universität Leeds stellt sich zwar heraus, dass Klimathemen „von den Sozialwissenschaften wenig beachtet“ werden, allerdings zeigen sie sich „in den jüngsten Sachstandsberichten des Weltklimarates keineswegs unterrepräsentiert“ (MCC 2020). Wenn John Bellamy Foster in einem Interview aber provokant zusammenfasst, dass

„der Mainstream der Sozialwissenschaften, wie wir ihn heute vorfinden, [...] die kapitalistische Ideologie fast vollständig verinnerlicht [hat]; so sehr, dass der Mainstream der Sozialwissenschaften unfähig ist, das Problem in seiner Reichweite anzugehen, und zwar auf eine Weise, die den herrschenden historischen Bedingungen angemessen ist“ (Foster 2017)

dann stellt sich die Frage, welche Theorietradition „in den jüngsten Sachstandsberichten des Weltklimarates“ (MCC 2020) repräsentiert sind und welche nicht. Wenn Foster im besagten Interview weiterhin kritisiert, dass „[j]ene Mainstream-Sozialwissenschaftler*innen, die ökologischen Probleme thematisieren, [...] dies so [tun], als ob wir es mit recht gewöhnlichen Bedingungen zu tun hätten und nicht mit einem planetarischen Notfall, einer nie dagewesenen Situation“, dann „kann [es] keine gradualistische, öko-modernistische Antwort geben auf die schrecklichen ökologischen Probleme, mit denen wir es zu tun haben“ (Foster 2017). Doch die Umweltbewegungen seit den 1980er Jahren – zu denen in ihrer gegenwärtigen Ausdrucksform explizit auch soziale Bewegungen wie Friday For Future (FFF.) und sie unterstützende Gruppen wie Scientists For Future (SFF.) gezählt werden müssen –, tendiert – nicht zuletzt auch wegen einem alltäglich gewordenen Systemverständnis der Welt in Alltag und Wissenschaft, das schon in den 1980er Jahren als die Problemursache und ihre Lösungsansätze depolitisiert zurückgewiesen wurde (Becker 2016f) – zur „ökologischen Modernisierung“ (Foster et. al 2011: 239). D.h. zur „Ökologisierung der Wirtschaft“ und „Ökonomisierung der Ökologie“ (ebd.: 241) und damit zum Greenwashing kapitalistischer Vergesellschaftung von Naturverhältnissen.

Vor diesem Hintergrund – so das hier vertretene Plädoyer – braucht es eine *Kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse*. Für eine solche Kritische Theorie ist es durch die Entwicklung der Kritischen Theorie in den letzten 50-60 Jahren allerdings schlecht bestellt. Mit Görg lassen sich „zwei gegenläufige Tendenzen“ der Kritischen Theorie zusammenfassen: Zum einen „eine Ignoranz gegenüber dem Potential, das in den Schriften der älteren Kritischen Theorie angelegt war und das dazu geeignet gewesen wäre,

der Vernachlässigung ökologischer Probleme und der Ausblendung der Naturverhältnisse in den Sozialwissenschaften entgegenzuwirken“ (Görg 2003: 41). Und zum anderen „wurde dieses Potential der älteren Kritischen Theorie [...] wenigstens teilweise auf völlig anderem Wege“, nämlich „von der post-strukturalistisch orientierten feministischen Wissenschafts- und Technikkritik bis zur Regulationstheorie“, „in die Diskussion eingebracht“, während hingegen sich ein „einheitlicher Theorierahmen zur Diskussion der Naturverhältnisse [...] noch nicht herausgebildet [hat]“, so dass, wie Görg bereits 2003 kritisiert, eine kritische Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse ein „De-siderat“ ist (ebd.). Daran hat sich bis heute nicht viel verändert. In seiner „Theorie für das Anthropozän“ endet McKenzie Wark daher mit einer herben Kritik am westlichen Marxismus samt der Kritischen Theorie:

„Mit der Vereinnahmung durch die professionelle akademische Praxis fiel der Marxismus einer Verschiebung seiner Agenda zum Opfer. [...] Mit der Zeit wurde dies so schlimm, dass man im frühen einundzwanzigsten Jahrhundert bei der Lektüre führender Erben der Tradition des Westlichen Marxismus vergeblich nach dem Hinweis sucht, dass das Schicksal der ‚Moderne‘ sich der Kohlenstoffbefreiung zugewendet hat.“ (Wark 2017: 319)

Die Kritische Theorie, so Wark, ist dadurch „zur hypokritischen Theorie verkommen“ (ebd.: 321) und „verstrickte[] sich in der Sprache des Kulturellen, des Politischen oder sogar des alten theologischen Überbaus“ (ebd.: 320). Warks Kritik: Mit ihrem Interesse an „Nichtidentität, Supplementen, Inkommensurabilität, daran, wie unsere Subjektivität innerlich gespalten ist und wie Antagonismen die Politik strukturieren“ (ebd.: 323), verlor die „hypokritische Theorie“ die Kritik am metabolischen oder ökologischen Bruch der westlichen Gesellschaftspraxis aus den Augen.

Als diesen Stoffwechsel stellte bereits Marx den „Prozeß zwischen Mensch und Natur“ dar, einem „Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“ (Marx 1962a: 192) und dessen „Arbeitsmittel“ ihm für diesen Prozess die Erde ist (ebd.: 194). Der Naturprozess des Stoffwechsels von Mensch und Erde ist für Marx nicht nur die existenzielle Grundlage jeglicher Gesellschaftsformationen, sondern die ontologische Substanz der Existenz selbst. Nämlich *das* Zeitlose der Arbeit schlechthin⁴, das Alfred Schmidt als „negativ zu fassende Ontologie“ (Schmidt 2016: 103) begreifbar zu machen sucht.⁵ Es ist eine von Marx‘ Leistungen im „Kapital“, dass er herausstellt, wie die-

4 Für Marx vollzieht sich der „[ursprüngliche] Arbeitsprozess [...] nur zwischen dem Menschen und der ohne sein Zutun vorhandnen Erde“ und „ist zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam“ (Marx 1962a: 198).

5 Das Negative der negativ zu fassenden Ontologie meint, dass nur das Dass des Stoffwechsels unhintergebar gegeben ist, nicht aber dessen Wie, Womit und Wozu bzw. zu was – kurz: nicht seine Geschichte.

ser Stoffwechsel durch das merkantile bzw. kapitalistische Wertgesetz (Marx 1968b: 532) zur Kommerzialisierung des Bodens und dessen Vernutzung drängt (Marx 1962a: 527ff.) und damit die private Eigentumsordnung der einstigen Feudalherren monopolisiert (Marx 1964: 821), was unweigerlich „die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (Marx 1962a: 530). Die privatwirtschaftlich organisierten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, so Marx am Ende des dritten Bandes des „Kapitals“, erzeugen

„Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebnen Stoffwechsels, infolge wovon die Bodenkraft verschleudert und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eignen Landes hinausgetragen wird.“ (Marx 1964: 821)

Auch ohne die Kenntnis von Erderwärmung, klimatologischen Kippelementen und planetarischen Quantifizierungen des Stoffwechsels zwischen Erde und Erdbewohnerschaft drängte schon Marx aufgrund der seinerzeit deutlich sichtbaren und abschbaren Schäden und Folgeschäden – für die insbesondere auch Engels (Engels 1975: 425f.) sensibel war – auf die Notwendigkeit einer konsequenten Politisierung der Vergesellschaftung der Erde bzw. der (Erd-)Naturverhältnisse, durch die die Erde als Gemeineigentum hervorgebracht wird und durch die eine transgenerative Ethik des Erhalts der Wohnbarkeit der Erde überhaupt erst ermöglicht werden kann:

„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen, wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie [...] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Marx 1964: 784)

Auch wenn Marx den Begriff Ökologie nicht kannte, oder ihn wenigstens nicht benutzte, so ist er bei Marx dennoch omnipräsent. Als Ökologie wurde von Haeckel in etwa zeitgleich zu Marx in der Biologie „die Physiologie der Wechselbeziehungen der Organismen zur Aussenwelt und zu einander“ (Haeckel 1866b: 236) bezeichnet. Genauer: „die gesammte Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Aussenwelt, wohin wir im weiteren Sinne alle ‚Existenz-Bedingungen‘ rechnen können. Diese sind theils organischer, theils anorganischer Natur; [...]“ (ebd.: 286). Während Haeckel aber im Anschluss an die Entwicklungs- bzw. „Descendenz-Theorie“ Darwins „die Haushalts-Verhältnisse der Organismen mechanisch“ versteht, nämlich „als die nothwendigen Folgen wirkender Ursachen[,] und [...] somit die monistische Grundlage der Oecologie [bildet]“ (ebd.: 287), versucht der Marxsche Naturbegriff diese – wie Haeckel sagt – physiologischen „Haushalts-Verhältnisse“ „theils organischer, theils anorganischer Natur“ (ebd.: 286) als dialektisch-materialistische Wechselwirkung zu verstehen. Die Haushalts-Verhältnisse (ebd.) zwischen Organismen und Erde sind für Marx

vor allem ökonomisch, d.h. durch die Praxis im Spannungsfeld von Bedürfnis und Bedürfnisbefriedigung der lebendigen Leibnaturverhältnisse und allen daraus hervorgehenden sozialen Organisations- und Machtstrukturen von Produktion und Produktionsweisen geprägt, wobei erst die strukturellen Manifestationen der bürgerlichen Herrschaft den physiologischen Haushaltsverhältnissen der Erde ihr kapitalisiertes Gesicht aufdrücken. So schreibt Marx: „Bürgerliche Industrie und bürgerlicher Handel schaffen diese materiellen Bedingungen einer neuen Welt in der gleichen Weise, wie geologische Revolutionen die Oberfläche der Erde geschaffen haben“ (Marx 1960b: 226). Der die Erde vergesellschaftende Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde durch die Herrschaft der bürgerlichen Industrie erschafft für Marx zugleich die Bedingungen, mit denen sich die Menschen die (resp. ihre) Welt aneignen müssen und dadurch letztendlich ein reduktionistisch-ökonomistisches Verständnis von Natur hervorbringen, das das Verhältnis äußerer und innerleiblicher Naturverhältnisse nicht länger als sich selbst genügsamen dialektisch-materialistischen Metabolismus in Erscheinung treten lassen, sondern als Mensch-Natur-Dualismus, bei dem Mensch und Natur zudem als an sich wertlos erscheinen und erst durch Kommodifizierungen einen (monetären) Wert erhalten. Erst dieses bürgerliche Naturverständnis lässt die Fortentwicklung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt als im ökonomischen wie ethischen Sinn wertschöpfend und daher erstrebenswert erscheinen. Das bedeutet aber letztlich, dass die maximale Inwertsetzung von Naturverhältnissen zwar die maximale ökonomische Wertschöpfung verheißt, zugleich aber auch die maximale Parzellierung der Erde und ihrer Bewohnerschaft in tauschbare Einheiten der Kapital(re)produktion. Dies wiederum bedeutet – konsequent zu Ende gedacht – den maximalen Bruch des ökologischen Metabolismus, die maximale Entsolidarisierung durch die maximale Vereinzelung der Menschen im Namen einer nur scheinbar erstrebenswerten Autonomie, die in Wahrheit die Menschen auf sich selbst zurückwirft und sie für die Sicherung ihres eigenen Überlebens dazu bringt, die menschliche wie nicht-menschliche Mitwelt zu unterdrücken und sie zur Sicherung des eigenen Überlebens maximal zu instrumentalisieren. Mit anderen Worten: Sie werden dazu gebracht jegliche Eigentätigkeit natürlicher Entwicklung unter technische Kontrolle zu bringen und sie entlang von kapitalogenen Sachzwängen optimieren zu müssen, wodurch ihnen Natur als Fremdes und widerspenstiges Gegenüber in Erscheinung tritt, das es »ohne Wenn und Aber« zu beherrschen gilt. Kurz: die maximale Inwertsetzung menschlicher wie nicht-menschlicher Naturverhältnisse der Erde mündet in einer maximalen Entfremdung zwischen den Menschen und zwischen den Menschen und ihrer Erde (samt ihrer nicht-menschlichen Mitbewohnerschaft).

Vor diesem Hintergrund gesellschaftlicher Alltagspraxis versucht Marx, dessen „Entwicklungsbegriff [...] nicht nur an Hegel, sondern auch an Darwin geschult [ist]“ (Schmidt 2018c: 109), diesen in der alltäglichen Wahr-

nehmung verloren gegangenen Gesamtzusammenhang von Gesellschaft und Natur resp. Erde in die Philosophie zurück zu holen und betont hierfür die (Erd-)Natur als „de[n] *unorganische[n] Leib* des Menschen“ (Marx 1968b: 516). Und weiter:

„Die Natur ist sein *Leib*, mit dem er in beständigem Prozeß bleiben muß, um nicht zu sterben. Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen andren Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur“ (ebd.).

In seinen „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ präzisiert Marx dieses leibliche Mensch-Natur-Postulat als leibliches Mensch-Erde-Postulat und konkretisiert die Natur als Erde und formuliert die „Erde als [...] unorganischen Leib“ und ihre „unorganische Natur als Subjekt“ des Menschen (Marx 1983: 396), als ihr subjektives Gemeinwesen, das sich „in der menschlichen Geschichte – dem Entstehungsakt der menschlichen Gesellschaft –“, als seine „werdende“ und „wirkliche Natur“ (Marx 1968b: 543) zu verwirklichen sucht, weil die menschliche Natur zum Überleben zur Vergesellschaftung des Naturstoffwechsels gezwungen ist und sich dadurch mit seiner vergesellschafteten resp. urbanisierten Erde (fort-)entwickelt und damit einen phylogenetisch ungeschlossenen Menschen hervorbringt.

Aus dieser dialektischen Perspektive muss die Rede der Erde als *Umwelt* des Menschen im Hinblick auf den darin implizierten Begriff der Erde als *terrestrisches Gemeinwesen* zurückgewiesen werden und stattdessen als physisch unmittelbare *Mitwelt*, eben als „unorganischer Leib“ (Marx 1983: 396) des Menschen, begriffen werden. Doch damit die Erde wieder als unmittelbare Mitwelt und allen menschlichen Handlungen zugrundeliegendes Subjekt bzw. subjektives Gemeinwesen subjektiv bewusst werden kann – vor allem nachdem es durch kapitalistische Inwertsetzungsstrategien fragmentiert und die Fragmente des ursprünglichen Zusammenhangs unter der Ägide der Naturbeherrschung nur funktional und als einander fremde (d.h. entfremdete) Fragmente wieder zusammengesetzt wurde –, braucht es grundlegende politische Transformationen des Gesellschaftlichen und mithin der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Sah Marx (Marx 1981b: 408f.) die Arbeiterkämpfe seiner Zeit noch als Versuche, durch die sich die als Menschen politisch bewusst werdende Erdnatur gegen ihre Entfremdungen vom subjektiven Gemeinwesen zu wehren gesucht wurde, so müssen aus dieser Perspektive neben den weltweiten Recht-auf-Stadt-Bewegungen auch die weltweiten Klimaproteste von Fridays For Future und die sie unterstützenden Gruppen (Scientists For Future, Parnets For Future etc.) ebenso als solche emanzipatorischen Versuche erblickt werden. Dass Marx davon ausgeht, dass sich die als Menschen politisch bewusst werdende Erdnatur ihrer Entfremdung vom subjektiven Gemeinwesen Erde bewusst wird und versucht, das ursprüngliche Gemeinwesen des Gesamtzusammenhanges der Erdnatur wieder herzustellen und dadurch politisch erst zu verwirklichen, erweist ihn als dialekti-

sehen Ökologen aristotelischer Prägung. So resümiert Blöbbaum die „Dialektik des Ökologiebegriffs unter Berücksichtigung des Physisbegriffs bei Aristoteles“:

„Die Dialektik des Ökologiebegriffs besteht eben darin, dass nach einer Phase des Übergangs – in der die Natur in ihre Einzelteile zerlegt und die Naturvorgänge und Naturdinge in bestimmte Klassen gesondert werden, die Kenntnis in Bezug auf die Einzeldinge zwar wesentlich erhöht ist, aber in Bezug auf das Ganze immer unlebendiger wird – eine Phase des erneuten Zusammenwachsens einsetzt, in der unsere Begriffe und unser Denken wieder konkreter auf das Ganze der Natur ausgerichtet werden [...]“ (Blöbbaum 1992: 182)

Genau dieses Verständnis dialektischer Ökologie verlangt nach einer umfassenden Kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse, die die Öko- und Klimaproblematik als Problem der Vergesellschaftung der natürlichen Mitwelt resp. der Urbanisierung der Erde als Entfremdung vom terrestrischen Gemeinwesen, d.h. der Erde als Subjekt des Menschen (Marx 1983: 396) in den Blick nehmen kann und die politischen Versuche, sich dem Naturbeherrschungsimperativ kapitalistischer Inwertsetzungsstrategien menschlicher wie nicht-menschlicher Naturverhältnisse zugunsten einer gemeinwesenorientierten „Naturallianz“ (Bloch 1975: 251) zu erwehren, theoretisierend und strategisch begleitet. In diesem Zusammenhang öffnet sich der Begriff sozial-ökologischer Transformation. Aber was heißt das genau? *Was heißt sozial-ökologische Transformation und wie lässt sie sich begrifflich als Analysekategorie formulieren, die diesen Zusammenhang kritisch und strategisch in den Blick nehmen kann?* Aus der Beantwortung lässt sich zur Kernfrage der Untersuchung vordringen: *Worüber muss in der Klimafrage ins Gespräch gekommen werden?* Es sind vor allem diese beiden Fragen, die die Teile A-E der Studie zusammenhalten. An sie schließen sich eine Reihe weiterer Fragen an, die in den Teilen A-E weiter entfaltet werden. Fragen nach kommunaler und subjektiver Bildung im Zusammenhang mit Stadtentwicklungsprozessen, die die Politisierung der Klimafrage ins Zentrum künftiger urbaner Lebensweisen rücken. Darin enthalten die Frage nach dem Verhältnis des Ansatzes sozial-ökologischer Transformation zum Ansatz ökosozialer Transformation, der in der Sozialen Arbeit bereits diskutiert wird (Elsen 2013, 2017, 2018). Darin auch enthalten die Frage, wie sich ein Ansatz gesellschaftlicher Transformation subjekt- und gemeinwesenorientiert zu Wege bringen ließe, so dass die Transformationsprozesse nicht nur im technisch-ressourcenschonenden Sinne auf Nachhaltigkeit aus sind, sondern vor allem auch im emanzipatorisch-sozialen Sinne.

Da das Klimaproblem als gesamtökologisches Problem weder rein naturwissenschaftlich noch rein sozialwissenschaftlich angegangen werden kann, sondern neue Wege der professionellen und disziplinären Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Theoriebildung verlangt, muss diese soziale Nachhaltigkeit weder nur im alltäglichen gesellschaftlichen Kontext noch nur im alltäglichen wissenschaftlichen Kontext zu Wege gebracht werden. Viel-